

Name: Florian Hartmann

Kommune: Stadt Dachau

Partei: SPD

## 1. In welcher Kapazität stehen in Ihrer Gemeinde Sozialwohnungen und Obdachlosenunterkünfte für betroffene BürgerInnen zur Verfügung?

In Dachau gibt es etwa 650 Sozialwohnungen, die auch alle belegt sind. Die Nachfrage ist größer als das Angebot, sodass die Zuteilung über eine Warteliste erfolgt.

Ein großer Teil dieser Sozialwohnungen gehört der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, der Stadtbau GmbH Dachau. Insgesamt stellt die Stadtbau GmbH etwa 1200 Mietwohnungen zur Verfügung, die im Vergleich zum freien Wohnungsmarkt günstiger angeboten werden.

In Dachau stehen für etwa 125 Personen Obdachlosenunterkünfte für Familien und Alleinstehende zur Verfügung. Aktuell sind nicht alle Plätze belegt.

Obwohl es ein klarer kommunaler Auftrag ist, gibt es erst seit kurzem in der Stadt Dachau eine Beratungs- und Koordinierungsstelle (Teilzeit). Diese Stelle ist jedoch nicht ausreichend bekannt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Bei steigenden oder konstanten Mieten ist von einem steigenden Bedarf auch bei Familien bzw. alleinstehenden Frauen oder Männern mit Kindern in Trennungs- und Krisensituationen auszugehen.

## 2. Wie planen Sie der wachsenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden?

Ich möchte die Bautätigkeit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft steigern, damit mehr Wohnungen zu günstigeren Mieten zur Verfügung gestellt werden können. Dachau als Kommune muss konsequent Grundstücke, und zwar schon vor ihrer Überplanung oder Entwicklung, erwerben. Bei Neubauten soll auf eine modulare Bauweise von Wohnungen geachtet werden, um eine einfache Vergrößerung oder Verkleinerung des Wohnraums entsprechend den aktuellen Lebensumständen und der jeweiligen Nachfrage zu ermöglichen.

Darüberhinaus ist es notwendig,

- Wohnbaugenossenschaften zu fördern
- die Bauträger und Investoren bei neuen Bauprojekten zu beteiligen: 30 % der neu geschaffenen Wohnbauflächen sollen für den geförderten Wohnungsbau zugunsten der Wohnungssuchenden mit unterem und mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen.
- endlich ein "Dachauer Einheimischen-Modell" zu erarbeiten, damit Dachauer Bürgerinnen und Bürger zu fairen Bedingungen in ihrer Stadt wohnen können. Dafür werde ich sorgen!

### 3. Inwieweit ist die Nachfrage der BewohnerInnen Ihrer Kommune nach Kinderbetreuungsangeboten gedeckt?

Bitte antworten Sie in %-Angaben, 100% bedeuten, dass noch Spielraum für Neuzuzüge oder Notfälle besteht.

<b>Krippe</b>	Deckung: 36 % (inklusive Tagesmutterplätze)
<b>Kindergarten</b>	Deckung: 100 %
<b>Hort</b>	Deckung: Hortplätze: 38 %, mit Mittagsbetreuungsangebot: 46 %
<b>Ganztagschule</b>	offene Ganztagschule am Mittelschulverbund Dachau

### Welche Änderungen oder Erweiterungen betreffend Kinderbetreuungsangebote planen Sie?

Die Krippen- und Hortplätze müssen bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Die Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten müssen an den Bedarf angepasst werden, z.B.: längere Abendöffnungszeiten jeweils an einer Einrichtung: KiGa, Krippe und Hort. Die Einführung von gebundenen Ganztagschulen in Kombination mit Ferienangeboten würde zukünftig auch zu einer Entlastung bei den Hortangeboten führen.

### 4. Welche Möglichkeiten sehen Sie um in Ihrer Gemeinde in Zukunft Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus zu fördern? Wie und in welchem Zeitrahmen könnten diese praktisch umgesetzt werden?

Hier ist vorallem die Bundes- und Landespolitik gefordert. Wir in der Kommune können jedoch: Jugendsozialarbeit an Schulen als begleitendes Angebot in allen Schulen in Kooperation mit dem Landkreis anbieten und das Angebot bei gebundenen Ganztagsklassen ausweiten. Langfristig wünsche ich mir mehr Bildungsgerechtigkeit durch eine andere Schulform – mit der Gemeinschaftsschule.

Die Kinderbetreuung muss endlich planbar für Eltern sein. So muss es Eltern auch möglich sein, sich z.B. erst in der zweiten Klasse für ein Hortangebot zu entscheiden. Bisher besteht bei den Eltern die Sorge, dann keine Betreuung mehr organisieren zu können. Für Frauen bedeutet diese fehlende Planbarkeit einen massiven Einschnitt in die Möglichkeit, wieder in den Beruf zurückzukehren. Das muss sich ändern!

## **5. Welche konkreten Maßnahmen könnten auf kommunaler Ebene getroffen werden um dem Thema Altersarmut zu begegnen bzw. es zu entschärfen?**

Altersarmut beginnt mit niedrigem Einkommen – eine Voraussetzung für besseres Einkommen sind bessere Bildung und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Kommunal gilt es, die Mieten im Blick zu behalten. Durch einen weiteren Ausbau des Wohnungsbestandes der städtischen Wohnungsbaugesellschaft können Wohnungen mit günstigeren Mieten zur Verfügung gestellt werden.

Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Rechte auch bei Themen wie Wohngeld und anderen Zuschüssen kennen – hier sind gute Beratungsangebote notwendig.

Über unsere beiden Stiftungen, die Bürgerspitalstiftung und die Syrius und Emma Eberle-Stiftung, sollen noch stärker bedürftige Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden.

## **6. Die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ ist für alle Bürger ein Grundbedürfnis. Gibt es in Ihrer Gemeinde/Partei/Wählergruppe schon Ideen, wie zukünftig möglichst alle - auch finanziell schlechter gestellte - Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können? (Kultur, Geselliges, „mal einen Kaffee trinken gehen“, Sport,...)**

Die Dachauer SPD unterstützt das Ziel des Thementisches Soziales in der Integrativen Stadtentwicklung, eine Sozialcard einzuführen, die Ermäßigungen für sozial benachteiligte Bürger anbietet. Außerdem unterstützen wir weiterhin die Einführung eines vergünstigten Tickets für den Dachauer Busverkehr. Angebote, die bereits bestehen – wie z.B. die Leistungen aus dem Bildungspaket im Rahmen des AlgII – (Hartz IV) – müssen aktiv angeboten werden, um „Bittgänge“ zu verhindern.

Die Mitgliedschaft in Sport- und Kulturvereinen muss allen Bürgerinnen und Bürgern, auch mit geringem Einkommen möglich sein. Dafür müssen Modelle entwickelt werden, d.h. die Stadt muss mit den Sport- und Kulturvereinen einen Modus finden, nachdem auch Bürgerinnen und Bürger teilhaben können, die sich den Beitrag oder die Kursgebühren nicht leisten können. Die Stadt könnte hierfür Zuschüsse leisten.

Hier will ich als Oberbürgermeister mehr für die Betroffenen leisten!

## **7. Stellt Ihre Gemeinde Unterkünfte für Asylbewerber zur Verfügung oder gibt es Pläne, sich in diesem Bereich zu engagieren? Würden Sie langfristige Pläne unterstützen, Asylbewerberunterkünfte in Ihr Gemeindeleben zu integrieren? In welcher Weise würden Sie die Integration von Asylbewerbern in ihr neues Lebensumfeld unterstützen?**

In der Gemeinschaftsunterkunft für AsylbewerberInnen in der Kufsteiner Straße leben derzeit etwa 140 Personen. Wir unterstützen die Bemühungen Dachauer Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Belange der AsylbewerberInnen einsetzen – dieses Engagement muss noch stärker anerkannt werden. Wichtig wäre eine dezentrale Unterbringung von AsylbewerberInnen, das liegt jedoch nicht in unserem Zuständigkeitsbereich, hier sind der Bezirk und der Freistaat gefordert. Die Unterbringung muss menschenwürdig sein. Deutschkurse müssen verstärkt angeboten werden, denn Zusammenleben beginnt mit der Sprache.

**8. Was gehört für Sie zu einem „Leben in Würde“ (bezogen auf das Thema Armut)? Welche Möglichkeiten sehen Sie um mit Ihrem angestrebten politischen Amt ein solches zu fördern?**

Zu einem Leben in Würde gehört für mich, kein Bittsteller zu sein. Als Mensch anerkannt zu sein, ernst genommen zu werden und Partner unter gleichen zu sein. Voraussetzung dafür ist es, dass die Beratungseinrichtungen personell und finanziell nach ihrem Bedarf ausgestattet werden und Angebote aktiv anbieten können.

**9. Was wollen Sie nach der kommenden Legislaturperiode in Ihrem Amt für Ihre Kommune im sozialen Bereich erreicht haben?**

Ein Kinderbetreuungsangebot, das die tatsächliche Nachfrage und den Bedarf abdeckt.

Kinderbetreuung muss für Eltern planbar sein!

Mehr soziale Teilhabe von finanziell schlechter gestellten Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch eine Sozialcard für Ermäßigungen in städtischen Einrichtungen und ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr.

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt.